



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Kommunalwahl 2024 – Werde Mitmacher!	4
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	5
Rügen kämpft und steht zusammen – Alle gegen LNG!	5
Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag	5
Pressemitteilungen AfD-Landtagsabgeordnete	6
Die negativen Folgen einer erhöhten Grundsteuer	6
Meine Woche (KW 22) im Überblick	6
Zugesagtes Rettungspaket für Landkreise und Kommunen ist Taschenspielertrick	7
Körse-Therme muss mehr als nur ein Leuchtturmprojekt werden	7
Termine im Kreisverband Bautzen	9
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	10
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	11
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 4.6.2023	11
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 3.6./4.6.2023	13
Einbrechende Grunderwerbsteuer: Steuererhöhung in Sachsen war ein Fehler	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 5.6.2023	14
Wir trauern um Prof. Dr. Arne Burkhardt: Danke für alles!	14
Rolle der Grünen bei Antifa-Gewaltexzessen in Leipzig muss aufgeklärt werden!	14
AfD-Anfrage: Nur 18 Prozent aller erwerbsfähigen Ukrainer gehen in Sachsen arbeiten	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 6.6.2023	15
Medizinische Versorgung hat sich unter Kenia-Koalition verschlechtert	15
Kollaps der Kommunen: Illegale Migration beenden ist die einzig sinnvolle Lösung	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.6.2023	17



Verlogenheit der CDU entlarvt: EU-Chefin v.d. Leyen (CDU) will noch schärferen Heiz-Hammer	17
Appell an MP Kretschmer: Schützen Sie unsere Mädchen und Frauen!.....	17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.6.2023	18
Sonderabgabe für Straßen nur in Sachsen: Abgabenlast muss runter!	18
Verhaftung eines „Corona-Sünders“: Alle Strafen zurücknehmen!.....	18
Neues von der Alternative für Deutschland	19
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	19
Zu den Berichten über eine Studie des Vereins „Deutsches Institut für Menschenrechte“ zu einem möglichen Verbot der AfD teilt ein Parteisprecher mit:	19
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien	20
Ampel fliegt nach CDU-Beschlüssen massenhaft Migranten ein!	20
Statt Ablasshandel mit EU-Migranten: Illegale Einwanderer nicht verteilen, sondern abweisen!	21
Wir sind Protest- & Programmpartei!	22
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	22
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	22
Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien	23
Baerbock blamiert uns im Ausland!	23
Europa muss eine Burg sein!	23
Nachrichten aus Deutschland und der Welt.....	24
Oberbürgermeisterwahl Schwerin: AfD-Kandidat in Stichwahl.....	24
„Bild“ setzt die AfD mit den Nationalsozialisten gleich	24
Wärmepumpe zu laut: Afghane messert Nachbarn nieder.....	24
„Grüne – Nein danke“: Ein Unternehmen zeigt Flagge	24
Eine bizarre Gaga-Analyse erklärt: „Warum die AfD verboten werden könnte“	24
Syrier verletzt Kinder bei Messerattacke in Frankreich.....	24
Auch das noch	24
Von der Leyen "ganz stolz": EU will eigenen Pass für homosexuelle Eltern	24
Bald im Einsatz: Polizei präsentiert Roboter-Hund	24
Video-Empfehlungen	24
Informationskanäle der AfD.....	24
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	25
Was ist eigentlich Chlordioxid, Herr Kalcker?	25
Radio.de – Alternatives, unabhängiges Radio aus Sachsen	25



Kommunalmandate im KV Bautzen.....	26
PRESSE-ARCHIV.....	26
SPENDENKONTO.....	26
KONTAKT:.....	26



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Kommunalwahl 2024 – Werde Mitmacher!

Sehr geehrte Bürger im Landkreis Bautzen!

Im Frühjahr 2024 stehen in Sachsen entscheidende Wahlen an. Wir alle können dann mitbestimmen über die Entwicklung unserer Heimat und unserer Gemeinden. Am Wahltag kann jeder ein Kreuz setzen, jeder kann aber auch viel mehr tun. Dazu möchte ich Sie ermutigen und gewinnen. Engagierte Bürger sollten aktiv als Kreis-, Stadt- oder Gemeinderäte politische Entscheidungen für die dringend notwendige Erneuerung unseres Landes und unserer Region treffen.

Werden Sie Mitstreiter für eine gute Zukunft unserer Gemeinden und unserer Oberlausitz! Erfahrene Kommunalpolitiker des Bautzener AfD-Kreisverbandes wollen Sie in Informationsveranstaltungen über Aufgaben und Herangehensweise bei der Ratsarbeit informieren. Wir unterstützen Sie und helfen allen Neueinsteigern. Eine Mitgliedschaft in der AfD ist zwar erwünscht, aber nicht erforderlich. Es zählen der ehrliche Wille zur Veränderung und die Einsatzbereitschaft dafür.

Wenn Sie Interesse haben, schreiben Sie mir bitte bis 31.08.2023 eine Mail oder besuchen Sie uns bis dahin direkt im Bürgerbüro Bautzen, Karl-Marx-Str. 15, Telefon 03591 5328336.

Ich freue mich auf Sie
Ihr Kreisvorsitzender Frank Peschel

Kein Vertrauen mehr in die Politik der Altparteien? Dann unterstützen Sie uns!
Werden sie Mitglied, Förderer, Spender oder Kandidat zur Kommunalwahl 2024!

Alternative für Deutschland
Kreisverband Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
e-mail: info @afdbautzen.de
Tel.: 03591 – 5328336

Spendenkonto:
Ostsächsische Sparkasse Dresden
AfD - Bautzen
IBAN: 16850503000225785552
BIC: OSDDDE81XXX

<https://afd-bautzen.de/kommunalwahl-2024-werde-mitmacher/>



Nachrichten von und mit Karsten Hilse



Rügen kämpft und steht zusammen – Alle gegen LNG!

Für die Errichtung des LNG-Terminals gibt es nachgewiesenermaßen keine Notwendigkeit! Es werden, wie so oft, nur die wirtschaftlichen Interessen amerikanischer Großkonzerne bedient. Es ist ein Skandal, dass dafür unsere Natur zerstört und eine der schönsten Urlaubsgedenden verschandelt wird.

Wir sehen uns am Sonnabend!

<https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/photos/a.375131266199774/1946865362359682/>

Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag



Wir haben noch Plätze frei:
17./18.8.2023 und 7./8.9.2023

Sprechen Sie uns an. Die Fahrten sind für die Teilnehmer kostenfrei!



Pressemitteilungen AfD-Landtagsabgeordnete

Die negativen Folgen einer erhöhten Grundsteuer

Wie im Artikel von Hoyte24 (<https://hoyte24.de/nachrichten/stadtspitze-legt-sparprogramm-vor>) berichtet, plant die Stadtverwaltung und der Stadtrat im Zuge eines Spar-Programmes zur Sanierung der Stadtfinanzen ebenfalls die Erhöhung der Grundsteuer. Diese jedoch halte ich für untragbar, da sie folgende negative Auswirkungen mit sich bringt:



- Belastung für Eigentümer: Die Erhöhung belastet Immobilieneigentümer finanziell und stört ihre finanzielle Stabilität.
- Steigende Wohnkosten: Vermieter könnten die höheren Steuerzahlungen auf die Mieter abwälzen, was zu höheren Mieten führt.
- Gefährdung von Familien und Rentnern: Geringverdiener, Familien und Rentner haben Schwierigkeiten, die zusätzlichen Steuern zu tragen.
- Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung: Unternehmen könnten aufgrund der höheren Kosten zögern, in Immobilien zu investieren, was zu einem Rückgang der wirtschaftlichen

Aktivität führen kann.

Die Erhöhung der Grundsteuer kann finanzielle Belastungen für Eigentümer und Mieter verursachen, Familien und Rentner gefährden und die wirtschaftliche Entwicklung hemmen. Deshalb fordere ich, alternative Einnahmequellen zu prüfen und die Auswirkungen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen, um eine ausgewogene Finanzierung zu gewährleisten!

Doreen Schwietzer, MdL
9. Juni 2023

Meine Woche (KW 22) im Überblick

Es war eine ereignisreiche Woche. Am Pfingstmontag war ich zum Deutschen Mühlentag in Sprengel unterwegs, ehe es am Dienstag zur Stadtratssitzung in Hoyerswerda ging. Am Mittwoch und Donnerstag war ich in Dresden zum Plenum im Sächsischen Landtag, fungierte dort als Schriftführer und hielt am Donnerstag eine Rede. Freitag war ich dann für euch zum Vormittag und Mittag zusammen mit dem Infomobil der Sächsischen AfD-Fraktion im Wahlkreis unterwegs. Am Samstag veranstaltete ich mit der Referentin Heike Ulbricht einen Vortrag über die aktuellen Ereignisse rund um das Thema Gender und Lgbtq. Am Samstag ging es dann mit Parteifreunden und dem Rad quer durch das Lausitzer Seenland. Am Sonntag war ich von 9 bis 19 Uhr beim Kindertag und Markt der Möglichkeiten im Hoyerswerdaer Zoo zur Standbetreuung für Kinder- und Jugendarbeit.





Danke, dass ihr meine Veranstaltungen besucht habt und meldet euch gern in Zukunft für Anregungen und Fragen!

Doreen Schwietzer, MdL
9. Juni 2023

Zugesagtes Rettungspaket für Landkreise und Kommunen ist Taschenspielertrick

Presseerklärung des Kreis- und Stadtrates Timo Schreyer

Wie die Medien übereinstimmend berichten, soll es im Streit um das Rettungspaket für die Landkreise und Kommunen nun zur Einigung mit dem Ministerpräsidenten Kretschmer gekommen sein. Neben der Weiterreichung von ca. 47 Millionen Euro Bundesmittel zur Unterbringung von Flüchtlingen an die Landkreise und Kommunen, sind weitere 133 Millionen Euro aus Landesmitteln vorgesehen. Finanziert werden soll das Rettungspaket 2023/24 aus den „Überschüssen“ des kommunalen Sozialverbandes aus dem letzten Jahr. Die „Überschüsse“ gibt der Freistaat nicht zurück, sondern schüttet diese als sogenanntes Rettungspaket an die Landkreise und Kommunen aus.



Dazu erklärt der Königsbrücker Landtagsabgeordnete und Kreisrat, Timo Schreyer:

„Angesichts von bis zu 45 Millionen Euro Defizit im geplanten Haushalt des Landkreises Bautzen, einer von 10 Landkreisen, ist dies nicht als Rettungspaket zu bezeichnen, sondern als Almosen. Als Taschenspielertrick entlarvt sich hier die zugesagte Hilfe von Ministerpräsident Kretschmer. Die den Gemeinden bereits zustehenden Überschüsse als Rettungshilfe zu verkaufen ist Augenwischerei und frech. Eine echte Unterstützung sieht anders aus.“

Ich fordere eine finanziell stärkere Unterstützung für unsere Landkreise und Kommunen. Es kann nicht sein, dass die Regelungen des Bundes, die den negativen Haushalt verursacht haben, vom Steuerzahler in den Landkreisen und Kommunen getragen werden.“

<https://afd-bautzen.de/zugesagtes-rettungspaket-fuer-landkreise-und-kommunen-ist-taschenspielertrick/>

Körse-Therme muss mehr als nur ein Leuchtturmprojekt werden

Heute unterzeichneten Landrat Udo Witschas und der Zweckverbandsvorsitzende der Körse-Therme, Sven Gabriel, einen öffentlich-rechtlichen Vertrag über den Beitritt des Landkreises Bautzen zum Zweckverband Körse-Therme in Kirschau.



Dazu erklärt der AfD-Wahlkreisabgeordnete Frank Peschel:

„Der Beitritt des Landkreises in den Zweckverband ist ein sehr gutes Signal für die Zukunft der Körse-Therme, welches ich sehr begrüße.“



Allerdings darf die Körse-Therme nicht zum Leuchtturmprojekt verkommen, sondern muss im Verbund mit weiteren Freizeit- und Tourismusattraktionen entwickelt werden. Dazu müssen aber auch die privaten Ferien- und Freizeitanbieter mit ins Boot geholt werden. Der Tourismus ist im Oberland eine wichtige Wirtschaftsbranche, die Arbeitsplätze und Umsätze sichert. Im Vergleich zur Sächsischen Schweiz hat das Bautzener Umland, wozu ich auch das Oberland zähle, noch viel Potential.

Ich bin davon überzeugt, dass die Körse-Therme nach der Sanierung wieder ein wichtiger Anziehungspunkt und eine von vielen Attraktionen im Bautzener Oberland für Einheimische und Gäste bilden wird.“

Frank Peschel, MdL

5. Juni 2023

<https://afd-bautzen.de/koerse-therme-muss-mehr-als-nur-ein-leuchtturmprojekt-werden/>



Termine im Kreisverband Bautzen

Mo	12.06.23	19.00 Uhr	Gaststätte Jägerheim August-Bebel-Platz 10 02627 Weißenberg	BÜRGERGESPRÄCH ZUR KOMMUNALPOLITIK mit Jörg Urban, AfD-Landesvorsitzender und Oliver Helbing, Stadtrat in Bautzen und stellv. Vorsitzender AfD-Kreisverband Bautzen
Di	13.06.23	10.00-13.00 Uhr	Radeberg - Markt	INFOSTAND mit Timo Schreyer, MdL
Mi	14.06.23	10.00-13.00 Uhr	Bernsdorf - Markt	INFOSTAND mit Timo Schreyer, MdL
Do	15.06.23	19.00 Uhr	Sportlerheim Baruth An der Fasanerie 1 02694 Malschwitz OT Baruth	BÜRGERGESPRÄCH ZUR KOMMUNALPOLITIK mit Jörg Urban, AfD-Landesvorsitzender und Steffen Lehmann, Gemeinderat Malschwitz und Haushaltspolitischer Sprecher der AfD- Kreistagsfraktion
Fr	16.06.23	9.00-11.00 Uhr	Bischofswerda - Markt	INFOSTAND mit Frank Peschel, MdL
Sa	17.06.23	9.00 Uhr	Bautzen, Karnickelberg	KRANZNIEDERLEGUNG für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft
Sa	17.06.23	10.00 Uhr	Cunewalde	FRÜHLINGSWANDERUNG der Regionalgruppe Oberland und der Bautzener Liedertafel Treff: 10.00 Uhr am Erlebnisbad Cunewalde
Sa	17.06.23	13.00-15.00 Uhr	Markt Pulsnitz	KUNDGEBUNG zum 17. Juni AfD-Kreisverband Bautzen mit Karsten Hilse - MdB, Jörg Urban - MdL und Martin Reichardt - MdB
Di	20.06.23	10.00-12.00 Uhr	Königsbrück - Markt	INFOSTAND mit Timo Schreyer, MdL
Mi	21.06.23	10.00-13.00 Uhr	Lauta - Frischemarkt	INFOSTAND mit Timo Schreyer, MdL
Mi	21.06.23	15.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Schwietzer Dietrich-Bonhoeffer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL
Sa	24.06.23	9.00-11.00 Uhr	Lausitzer Platz 02977 Hoyerswerda	INFOSTAND der AfD-Regionalgruppe Hoyerswerda
Do	29.06.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	29.06.23	19.00 Uhr	Alleerestaurant Bautzener Allee 1B 02977 Hoyerswerda	BUNDESTAGSFRAKTION VOR ORT mit den Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse, Barbara Lenk und Steffen Janich

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>



Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093

t.me/afdkreisverbandbautzen

www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de

t.me/karstenhilsepolitiker

www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/

www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen

www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861

<https://www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos>

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de

t.me/frankpeschel

www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL

[instagram.com/doreenschwietzer_afd](https://www.instagram.com/doreenschwietzer_afd)

www.doreen-schwietzer.de

t.me/schwietzer

twitter.com/SchwietzerMdL

Junge Alternative Oberlausitz

[instagram.com/ja_oberlausitz](https://www.instagram.com/ja_oberlausitz)

www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz

t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/

www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

<https://www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219>

AfD Oberlausitz/Oberland

www.facebook.com/AfDOberlausitz

www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw

t.me/oliverhelbing

www.afd-cunewalde.de/



Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/

Neue Bautzner Filmkunst

<https://www.youtube.com/@peterschulze2235>



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 4.6.2023

Liebe Freunde, liebe Leser,

mit dem berühmten Ausspruch „Wir wählen die Freiheit“ machte der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) im Jahr 1952 deutlich, dass Kommando-[Wirtschaft](#) und Bevormundung fatale Folgen für Deutschland hätten.

Seine CDU war damals noch eine ganz andere Partei als die heutige Union. 1957 beschloss die CDU ihr Grundsatzprogramm unter dem Titel „An das deutsche Volk“.

Die Eckpfeiler dieses Programms waren: Frieden in der Welt, die möglichst schnelle Verwirklichung der deutschen Einheit, die „Freiheit des Bürgers“ und „Förderung der Selbstverantwortung“ sowie „Wohlstand für alle“ auf der Basis der sozialen [Marktwirtschaft](#).

Deutschland erlebte in diesen Jahren ein wirkliches [Wirtschaftswunder](#). Heute hingegen geht es mit unserem Land nicht nur ökonomisch steil bergab. Europa hat seinen Frieden verloren und alle Parteien von CDU bis Grünen gießen dabei sogar noch Öl ins Feuer mit ihrer unsäglich naiven Kriegstreiberei gegen Russland.





Dabei ist es offensichtlich, wie man Deutschland wieder auf Kurs bringen könnte: Wir brauchen freien Handel mit der ganzen Welt – auch mit Russland, um günstiges Gas, Öl und andere Rohstoffe zu erhalten.

Wir brauchen Grenzkontrollen und die Zurückweisung aller illegalen Migranten, weil Deutschland weder die halbe Welt versorgen kann noch dulden darf, dass hier täglich sehr viele Straftäter einwandern.

Nach innen brauchen wir zudem eine Rückkehr zum Prinzip „Freiheit und Eigenverantwortung“. Den Staat geht es überhaupt nichts an, wie jeder einzelne Bürger heizt. Es geht ihn auch nichts an, für welches Auto er sich entscheidet.

Das gleiche gilt für den Hausbau. Ein gutes Beispiel sind die Niederlande. Während man in Deutschland weit über 3.000 Bauvorschriften beachten muss und die Europäische Union mit ihrer Dämmverordnung noch einen obendrauf setzen will, haben unsere Nachbarn ihr Baugesetzbuch seit 2010 um jede vierte Vorschrift entrümpelt.

Das Resultat: In den Niederlanden haben die Baukosten seitdem nur moderat um sechs Prozent zugelegt. In Deutschland sind die Preise bekanntermaßen explodiert. Selbst Gutverdiener können sich kein Eigenheim mehr leisten und die Mieten steigen insbesondere in den Großstädten in schwindelerregende Höhen.

Das ist das Ergebnis von zu viel Staat und zu wenig Freiheit. Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich habe nichts gegen sozialen Wohnungsbau. Unser Hauptproblem ist aber gerade ein anderes: Durch Heizungsverbote und unrealistische Dämmvorschriften wird das Bauen für alle unbezahlbar, die nicht dem Club der Millionäre angehören.

Der [Klima](#)-Sozialismus der Grünen, der gerade versucht, diese Projekte von oben herab, gegen alle Widerstände der Bürger durchzudrücken, muss endlich demokratisch gestoppt werden.

Und das könnte – gerade in Sachsen – ganz einfach sein: Zwei Drittel der Sachsen sind konservativ eingestellt und die Grünen kommen in unserem Freistaat nur dank der Schützenhilfe der Medien über die Fünf-Prozenthürde. Warum sind sie dann trotzdem so mächtig?

Sachsens CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer gab darauf am Donnerstag im Landtag die Antwort: Er bezeichnete die Koalition mit SPD und Grünen als „großes Glück“. Eine Koalition mit der AfD schließt er kategorisch aus. Das heißt: Er will auch nach den Wahlen im Jahr 2024 mit den Grünen weiterregieren.

Anscheinend will er also die grüne Transformation nur etwas heimlicher durchziehen und spielt daher regelmäßig in Zeitungen Pseudo-Opposition gegen seinen eigenen grünen Koalitionspartner.

Die Katze aus dem Sack gelassen, hat er nun auch beim Thema Asyl. Herr Kretschmer wünscht sich jedes Jahr 200.000 neue Migranten. Nur noch mehr sollen es eben nicht werden. Auf lange Sicht werden die Deutschen jedoch auch mit 200.000 Migranten pro Jahr zur Minderheit im eigenen Land. Hinzu kommen nämlich noch der Familiennachzug und die hohen Geburtenraten der Einwanderer. Diese Entwicklung müssen wir unbedingt verhindern.

Die CDU unter Herrn Kretschmer ist keinen Deut besser als die Grünen. In gewisser Hinsicht ist sie sogar gefährlicher: Während die Grünen ihre Verachtung für unser Land und unsere Bürger offen artikulieren, herrscht bei der CDU Feigheit und Geheimniskrämerei.



Diese Mischung zerstört schleichend unser Land. Es gibt somit nur eine Wahl, wenn sie – wie Konrad Adenauer – die Freiheit wählen wollen. Nur die AfD steht wirklich für die Freiheit. Und nur mit der AfD gibt es eine Rückkehr zur Vernunft in der Migrations-, [Energie](#)-, [Umwelt](#)- und Baupolitik.

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/nein-zum-klima-sozialismus-wir-waehlen-die-freiheit/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 3.6./4.6.2023

Einbrechende Grunderwerbsteuer: Steuererhöhung in Sachsen war ein Fehler

Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer sind in Sachsen um ein Viertel eingebrochen, weil deutlich weniger gebaut wird. Dabei hatte die CDU-geführte Staatsregierung die Steuer erst Anfang des Jahres von 3,5 auf 5,5 Prozent erhöht.



[Holger Hentschel](#), baupolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Wir hatten vor einer Verteuerung im Wohnungsbau gewarnt und vorgeschlagen, die Grunderwerbsteuer auf ein Prozent zu senken (Drs. 7/11154). Nun ist der Wohnungsneubau teilweise bereits zum Erliegen gekommen und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum wird immer größer.“

Für die Gründe sind Landes- und Bundesregierung selbst verantwortlich. Die Baukosten wurden unnötig verteuert durch die Anhebung der Grunderwerbsteuer, überzogen Dämmvorschriften, Sanierungszwang und ein Anheizen der Inflation über immer weiteres Gelddrucken.

Wenn jetzt sogar Bundesfinanzminister Lindner vorschlägt, die Grunderwerbsteuer ganz abzuschaffen, sollte auch die Staatsregierung ihre Steuererhöhung rückgängig machen. Immer höhere Abgaben und ausufernde Klimavorschriften werden sonst die Wohnungsnot weiter verschärfen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/einbrechende-grunderwerbsteuer-steuererhoehung-in-sachsen-war-ein-fehler/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 5.6.2023

Wir trauern um Prof. Dr. Arne Burkhardt: Danke für alles!

Es war ein legendärer Auftritt: Am 7. März 2022 – der flächendeckende Corona-Impfzwang stand unmittelbar vor der Einführung – hielt Professor Dr. med. Arne Burkhardt im Sächsischen Landtag einen Fachvortrag über Obduktionen, die auf schwerwiegende Impfschäden hindeuteten.

Die Besuchertribüne war so voll, wie sie damals nur sein konnte. Mehrere Interessierte mussten draußen bleiben. Die anderen Parteien hingegen wehrten sich mit allen Mitteln gegen die Expertise des Pathologen.

Doch es half alles nichts: Innerhalb weniger Tage verbreitete sich der Vortrag aus der öffentlichen Anhörung des Sozialausschusses in Windeseile über [Youtube](#). Mittlerweile hat er dort über eine halbe Million Menschen erreicht.

Am 7. April 2022 wurde der Impfzwang im Bundestag schließlich abgelehnt. Das haben wir auch großartigen und mutigen Medizinerinnen wie Prof. Burkhardt zu verdanken. Wir möchten diese Leistung heute noch einmal würdigen, weil wir erfahren mussten, dass Prof. Burkhardt am 2. Juni im Alter von 79 Jahren gestorben ist. Ruhe in Frieden! Und: Danke für alles!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/wir-trauern-um-prof-dr-arne-burkhardt-danke-fuer-alles/>



Rolle der Grünen bei Antifa-Gewaltexzessen in Leipzig muss aufgeklärt werden!

Zu den linksextremen Gewaltausbrüchen am Wochenende in Leipzig („Tag X“) erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):



AfD beantragt Sondersitzung des Innenausschusses.



„Wir sehen ebenfalls dringenden Bedarf für eine Sondersitzung des Innenausschusses. Wenn über mehrere Tage hinweg Steine auf Polizisten fliegen, Autos angezündet und Polizeireviere angegriffen werden, so sind das bürgerkriegsähnliche Zustände.“

Erschwerend kommt hinzu, dass die Grünen mit Jürgen Kasek eine Schlüsselrolle bei den militanten Protesten eingenommen haben. Eine Regierungspartei hat die Aufgabe, Gewalt zu unterbinden. Stattdessen haben die Grünen die Gewalt der Antifa immer wieder verbal legitimiert. Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) sitzt somit in einem Boot mit Antifa-nahen Kräften. Er hat daher ein Extremismus-Problem

in seiner eigenen Regierung.

Insbesondere seine grüne Justizministerin Katja Meier tritt als politischer Arm der Antifa auf. Noch vor wenigen Jahren demonstrierte sie selbst Seite an Seite mit Linksextremisten. Bis heute hat sie sich zudem nie glaubwürdig von den Protagonisten linker Gewalt distanziert.



Die Regierung Kretschmer verhätzelt linke Extremisten, bei denen das Bundeskriminalamt Parallelen zur RAF sieht. CDU-Innenminister Armin Schuster kündigte nun im Nachhinein an, sich für ein Konzept gegen Linksextremismus einzusetzen. Die sächsische Regierung muss sich indes fragen lassen, warum sie ein solches Konzept nicht bereits vor Jahren selbst entworfen hat.“

Hintergrund: Den Berichtsantrag der AfD finden Sie hier ([Drs. 7/13588](https://afd-fraktion-sachsen.de/rolle-der-gruenen-bei-antifa-gewaltexzessen-in-leipzig-muss-aufgeklaert-werden/)).

<https://afd-fraktion-sachsen.de/rolle-der-gruenen-bei-antifa-gewaltexzessen-in-leipzig-muss-aufgeklaert-werden/>

AfD-Anfrage: Nur 18 Prozent aller erwerbsfähigen Ukrainer gehen in Sachsen arbeiten

In Sachsen leben aktuell 59.719 Ukrainer, von denen nur 5.255 sozialversicherungspflichtig arbeiten gehen. Von Bürgergeld leben 24.112 erwerbsfähige Ukrainer. Laut AfD-Anfrage (7/13181) arbeiteten vor dem Krieg bereits 2.425 Ukrainer im Freistaat. Demnach sind nur 2.830 neue Jobs hinzugekommen.

Laut WELT verdienen in unseren Nachbarländern deutlich mehr Ukrainer ihren Lebensunterhalt selbst: in den Niederlanden sind es z.B. 50 Prozent und in Tschechien rund 100.000 von 340.000 Kriegsflüchtlingen (inklusive Müttern und Kindern).

[Frank Peschel](#), [wirtschaft](#)spolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Dass nur so wenige arbeitsfähige Ukrainer in Sachsen arbeiten, hängt mit den hohen deutschen Sozialleistungen und dem fehlenden Arbeitsanreiz zusammen. Eine [Familie](#) mit zwei Kindern erhält vom Staat rund 2.500 Euro für ihren Lebensunterhalt – dafür bräuchte sie einen Vollzeitjob für 3.300 Euro brutto.



Ich finde es vollkommen inakzeptabel und moralisch falsch, dass Ukrainer und andere Ausländer genauso so viel Unterstützung erhalten wie Deutsche, obwohl sie noch nie in unsere Sozialsysteme eingezahlt haben. Hier muss sich die Regierung an den anderen EU-Ländern orientieren. Für einfache Helfertätigkeiten sind zudem keine umfassenden Deutschkenntnisse nötig.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-nur-18-prozent-aller-erwerbsfaehigen-ukrainer-gehen-in-sachsen-arbeiten/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 6.6.2023

Medizinische Versorgung hat sich unter Kenia-Koalition verschlechtert

Zum Stand der Umsetzung des Programms zur besseren medizinischen Versorgung in Sachsen erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, [Frank Schaufel](#):

„Seit dem Antritt der Kenia-Koalition hat sich die medizinische Versorgung in Sachsen deutlich verschlechtert. Mittlerweile haben wir in fünf Planungsregionen eine Unterversorgung mit



Hausärzten und in weiteren 27 droht sie. Zudem verschärfen die Klinikschließungen in Reichenbach, Lichtenstein, Weißwasser und Leisnig die angespannte Situation. Weiterhin wurde unser Vorschlag einer Landarztquote viel zu spät und nur halbherzig übernommen.



Zur Verbesserung der medizinischen Versorgung fordern wir mehr ambulante Behandlungen in Krankenhäusern. Auch die Kassenärztliche Vereinigung sollte eigene Arztpraxen eröffnen. Die Zahl der Medizinstudenten muss signifikant erhöht und ein späterer Verbleib in Sachsen angestrebt werden.“

Hintergrund: In Sachsen existieren 47 hausärztliche Planungsregionen. Aktuell sind 32 von 47 Regionen unterversorgt oder davon bedroht. Das sind 68 Prozent.

https://www.kvs-sachsen.de/fileadmin/data/kvs/img/Mitglieder/Arbeiten_als_Arzt/Zulassungsbeschaenkungen/230505_Feststellungen-LA.pdf

<https://afd-fraktion-sachsen.de/medizinische-versorgung-hat-sich-unter-kenia-koalition-verschlechtert/>

Kollaps der Kommunen: Illegale Migration beenden ist die einzig sinnvolle Lösung

Aufgrund der enorm gestiegenen Sozialausgaben haben die sächsischen Kommunen und Landkreise riesige Finanzprobleme. Allein in Dresden fehlen 140 Millionen Euro. Die Stadt verhängte daraufhin eine Haushaltssperre. Nun will die Staatsregierung das Finanzdefizit mit einem dreistelligen Millionenbetrag lindern.

Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt dazu:

„Die Regierung begibt sich in eine Sackgasse, wenn sie die explodierenden Sozialausgaben mit immer mehr Geld der Steuerzahler finanzieren will. Die Kosten für Asylbewerber sind ein wachsendes Problem, das mit einmaligen Geldzuschüssen nicht gelöst werden kann. Wer in diesem Jahr 500 Millionen Euro zusätzlich an die Kommunen überweist, muss im nächsten Jahr 1.000 Millionen überweisen, wenn die Grenzen geöffnet bleiben.“

Die aktuelle Asylpolitik ist kurzsichtig und dumm. Sie führt absehbar zum Zusammenbruch der Staatsfinanzen. Wir sagen daher: Grenzen schließen und ausreisepflichtige Asylbewerber abschieben – nur so können die Kommunen vor dem finanziellen Kollaps geschützt werden. Der soziale Frieden droht sonst zu kippen, wenn Bäder schließen müssen, Schulgebäude verfallen und die Schlaglöcher immer tiefer werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/kollaps-der-kommunen-illegale-migration-beenden-ist-die-einzig-sinnvolle-loesung/>





PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.6.2023

Verlogenheit der CDU entlarvt: EU-Chefin v.d. Leyen (CDU) will noch schärferen Heiz-Hammer

Die EU will eine noch schärfere Heizungs-Diktatur als die deutsche Ampelregierung. Bei ihrem Plan zur Wärmepumpen-Pflicht sollen ab 2029 sogar Gasheizungen verboten werden, die mit regenerativem Biogas betrieben werden.



„CDU-Mitglied von der Leyen treibt als EU-Chefin eine extreme Agenda voran und ihre Partei lässt sie wie immer gewähren“, kritisiert der AfD-Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#). „An diesem Beispiel zeigt sich die ganze Verlogenheit der CDU.“

Denn die Christdemokraten in Sachsen und auch bundesweit sammeln gerade scheinheilig Unterschriften gegen die Heizungspläne der Ampelregierung. Nun wissen zumindest alle, was davon zu halten ist – nämlich absolut nichts. Solange die CDU die in Korruptionsvorwürfe verwickelte von der Leyen nicht aus der Partei wirft, sind die Christdemokraten einfach

nicht mehr glaubwürdig.

Eine Wärmepumpenpflicht würde für viele ältere Gebäude einen [wirtschaftlichen](#) Totalschaden und damit die Enteignung ihrer Besitzer bedeuten. Zudem ist es völlig unsinnig, an kalten Wintertagen mit Kohlestrom Wärmepumpen zu betreiben. Diese Widersprüche zeigen die wahren Ziele der globalistischen [Klima](#)-Agenda: Umverteilung und Profite auf Kosten der Bürger.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/verlogenheit-der-cdu-entlarvt-eu-chefin-v-d-leyen-cdu-will-noch-schaerferen-heiz-hammer/>

Appell an MP Kretschmer: Schützen Sie unsere Mädchen und Frauen!

Am Landgericht Dresden hat der Prozess gegen einen 26-jährigen Tunesier begonnen: Vorwurf: Fünf Tage, nachdem er illegal nach Sachsen einreiste, soll er eine 15-Jährige vergewaltigt haben. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass er das Mädchen mit einem Messer bedrohte.

Dieser abermalige Einzelfall bestätigt eine traurige Tendenz in Sachsen: Die Zahl der Vergewaltigungen steigt immer weiter an. 2021 gab es 241 sexuelle Übergriffe im besonders schweren Fall. 2022 waren es 316, ergab eine Kleine Anfrage (Drs. 7/13063) des innenpolitischen Sprechers der sächsischen AfD-Fraktion, [Sebastian Wippel](#).

Erst vor wenigen Tagen thematisierte die „Sächsische [Zeitung](#)“ den Anstieg der Sexualdelikte in





Sachsen von insgesamt 3.546 Delikten auf 5.177 Straftaten innerhalb von zwei Jahren. Gegenüber der [Zeitung](#) sagte das Innenministerium, der Anstieg habe mit „verstärkten Maßnahmen gegen die Verbreitung von Kinderpornografie“ zu tun. Zur Wahrheit gehört aber auch: Die vollendeten Sexualdelikte von Zuwanderern in Sachsen nahmen laut Polizeilicher Kriminalstatistik innerhalb eines Jahres um 17 Prozent zu.

Herr Kretschmer, schützen Sie endlich unsere Mädchen und Frauen!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/appell-an-mp-kretschmer-schuetzen-sie-unsere-maedchen-und-frauen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.6.2023

Sonderabgabe für Straßen nur in Sachsen: Abgabenlast muss runter!

Alle ostdeutschen Bundesländer haben die umstrittenen Straßenausbau-Beiträge abgeschafft. Alle? Nein, in Sachsen gilt weiterhin: Wird die Straße vor dem eigenen Grundstück saniert, können die Anwohner ordentlich zur Kasse gebeten werden. Teilweise werden fünfstellige Summen fällig. Nicht wenige Hausbesitzer wurden so bereits in den Ruin getrieben.



Zur erhöhten Abgabenlast kommt in Sachsen noch die neue Grundsteuer hinzu, die oftmals höher als die alte ist. Zusammen mit der allgemein hohen Inflation ächzen immer mehr Bürger unter ihrer finanziellen Belastung.

„Die Straßenausbau-Beiträge müssen auch im Freistaat abgeschafft werden“, erklärt der verkehrspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, [Tobias Keller](#). „Das hatte die Regierung im Koalitionsvertrag vage versprochen, aber nie umgesetzt. Wir können die Bürger nicht ausquetschen wie eine Zitrone und

gleichzeitig unser Steuergeld an die ganze Welt verschenken.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/sonderabgabe-fuer-strassen-nur-in-sachsen-abgabenlast-muss-runter/>

Verhaftung eines „Corona-Sünders“: Alle Strafen zurücknehmen!

Laut der Morgenpost von heute wurde in Riesa ein 68-jähriger „Corona-Sünder“ festgenommen und in eine Justizvollzugsanstalt gebracht, weil er sich weigert, einen Bußgeldbescheid über 150 Euro zu bezahlen. Allein im Landkreis Meißen wurden 1.600 Corona-Bußgeldbescheide verschickt. Die Einnahmen daraus belaufen sich auf 238.000 Euro, so die [Zeitung](#).

Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):





„Die Corona-Politik der Regierung Kretschmer hat nicht nur unseren Kindern und der Wirtschaft schweren Schaden zugefügt. Sie war auch nach meiner festen Überzeugung verfassungswidrig, indem sie zahlreiche Grundrechte außer Kraft setzte.

Bürger, die sich dagegen friedlich wehrten und z.B. an Spaziergängen teilnahmen, haben tatsächliche Zivilcourage bewiesen. Sie jetzt im Nachhinein zur Kasse zu bitten, ist unerhört und pure Abzocke.

Herr Kretschmer sollte sich vielmehr bei allen Sachsen für die von ihm ausgehenden Drangsalierungen entschuldigen und – wie von der AfD beantragt (Drs. 7/11467) – eine Corona-Amnestie auf den Weg bringen.

Alle Bußgeldverfahren müssen eingestellt werden. Alle Strafen müssen erlassen werden und bereits gezahlte Bußgelder sollten vollständig zurückerstattet werden. In Slowenien hat das die Regierung bereits umgesetzt. Es geht also, wenn man nur will.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/verhaftung-eines-corona-suenders-alle-strafen-zuruecknehmen/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Zu den Berichten über eine Studie des Vereins „Deutsches Institut für Menschenrechte“ zu einem möglichen Verbot der AfD teilt ein Parteisprecher mit:

Berlin, 7. Juni 2023.

„Die Behauptung des Vereins ‚Institut für Menschenrechte‘, es gebe Argumente für ein Verbot der AfD, entbehren jeder Grundlage und sind mit Blick auf die seit Wochen steigenden Umfragewerte der AfD und der anstehenden Landtagswahlen im Herbst in Bayern und Hessen eindeutig parteipolitisch motiviert. Bei dem sog. Institut handelt es sich um keine unabhängige Institution, sondern um eine Organisation, die aus dem Bundeshaushalt finanziert wird und somit vom Wohlwollen der Regierungsmehrheit im Parlament abhängig ist.

Aus gutem Grund sieht das Grundgesetz für ein Verbot einer Partei ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vor. Mit dieser hohen Hürde wollten die Mütter und Väter des Grundgesetzes verhindern, dass unliebsame Oppositionsparteien von der Regierungsmehrheit im Bundestag aus dem Weg geräumt werden können. Wir haben keinen Zweifel daran, dass ein Verfahren gegen die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht chancenlos wäre.



Aus diesem Grund ist der Staat zudem auch zur politischen Neutralität verpflichtet, was die AfD leider immer wieder in gerichtlichen Verfahren erfolgreich einfordern musste. Dass die Beschimpfung der AfD nun nicht unmittelbar staatlich, sondern durch einen staatlich alimentierten Verein geschieht, stellt ein neues Kapitel der Eingriffe in den demokratischen Willensbildungsprozess dar.“

<https://www.afd.de/zu-den-berichten-ueber-eine-studie-des-vereins-deutsches-institut-fuer-menschenrechte-zu-einem-moeglichen-verbot-der-afd-teilt-ein-parteisprecher-mit/>

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien

Ampel fliegt nach CDU-Beschlüssen massenhaft Migranten ein!

Die Büchse der Pandora wurde von CDU und CSU geöffnet: Auf Grundlage von bereits 2011 erfolgten „Resettlement“-Beschlüssen ordnet SPD-Innenministern Faeser die Aufnahme von 6.500 „Flüchtlingen“ ein, die direkt aus ihren Heimatländern eingeflogen werden. Bei diesen Heimatländern handelt es sich laut Innenministerium vor allem um Afghanistan, Syrien, Irak, Sudan, Somalia, Jemen und Eritrea. Doch obwohl die Union heute ihre Hände in Unschuld wäscht und sich als vermeintlicher Gegner der Massenzuwanderung inszeniert, hat sie bereits 2011 die Teilnahme am „Resettlement“-Programm der UNO ermöglicht und den „Migrationspakt“ im Bundestag abgesegnet.



Mit diesem „Migrationspakt“ wurde die Axt an Deutschlands Souveränität gelegt und die illegale Einwanderung legalisiert, was von den Ampel-Parteien mit dem verharmlosenden Begriff „Spurwechsel“ bezeichnet wird. Es waren CDU-Politiker, die jegliche Bedenken gegen den Migrationspakt lächerlich gemacht haben. Es waren unter anderem die Unions-Innenminister der Länder und der damalige CSU-Bundesinnenminister Friedrich, die 2011 bei der Innenministerkonferenz den Beschluss zur Teilnahme am „Resettlement“-Programm der UNO fassten.

2018 wurde dieser Kurs unter der Ägide des damaligen Bundesinnenministers Seehofer (ebenfalls CSU) bestätigt: Die Bundesregierung sagte damals im Zusammenhang mit den UNO-Plänen die Aufnahme von 10.200 „Umsiedlungsflüchtlingen“ zu, wie es in einem Bericht der Wochenzeitung „Die Zeit“ heißt. Das „Pilotprojekt“ des Resettlement-Programms wird seit 2015 „unbefristet fortgeführt“, schreibt Faesers Innenministerium auf der hauseigenen Webseite. Angesichts der schon jetzt dramatischen Sicherheits- und Wohnungslage ist diese Politik von CDU, CSU und Ampel-Regierung vollkommen unverantwortlich. Anstatt die Massenzuwanderung planmäßig anzuheizen, müssen die Migrations-Anreize beendet und unsere Grenzen geschützt werden!

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/6597298990300384/>



Statt Ablasshandel mit EU-Migranten: Illegale Einwanderer nicht verteilen, sondern abweisen!

Mit einem absurden Vorschlag versucht die EU-Kommission derzeit, sich um die Lösung der eskalierenden Migrationskrise herumzudrücken: Weil vor allem in Deutschland der politische Wille fehlt, aus Europa eine Festung zu machen, sollen renitente Mitgliedsstaaten für die Nichtaufnahme von „Flüchtlingen“ eine Strafzahlung leisten. Dass Deutschland dadurch vom EU-Zahlmeister zum EU-Kassierer wird, wäre allerdings eine vergebliche Hoffnung – denn der „Preis“ soll nur bei 22.000 Euro pro Flüchtling liegen. Im Endeffekt würde die Regelung also vor allem bedeuten, dass alles so weiter läuft wie bisher – die Migrationsmassen dürfen also ungehindert in die EU und vor allem nach Deutschland einwandern.



Das eigentliche Problem wird einmal mehr nur von der AfD adressiert. „Wer nicht direkt aus einem Nachbarland der EU kommend Schutz begehrt, sondern aus seinem Primär-Fluchtland kommend bereits durch mindestens ein sicheres Zwischenland gereist ist“, sei an der EU-Grenze kein Flüchtling mehr und dürfe daher auch nicht verteilt werden, verlangt der innenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Gottfried Curio. Doch anstatt sich mit solchen Realitäten auseinanderzusetzen, wollen die Grünen und Innenministerin Faeser (SPD) Schwangere und Kinder vom „Grenzverfahren“ ausnehmen. Das heißt im Klartext: Sie dürfen ungeprüft ins Sozialparadies Deutschland hereinspazieren, auch wenn sie keine tatsächlichen „Flüchtlinge“ sind.

Trotz allem Trommelwirbel bleibt es also dabei: Die etablierten Parteien – auch die CDU – haben entgegen ihrer heuchlerischen Beteuerungen keinerlei Interesse, die illegale Masseneinwanderung zu beenden und die Einheimischen vor Kriminalität, Verarmung und Verdrängung zu schützen. In pausenlosen Neben- und Symboldiskussionen schieben sie sich gegenseitig die Schuld zu, ohne die Ideologie der „Buntheit“ grundsätzlich in Frage zu stellen. Für diese Ersatzschaukämpfe stehen wir als AfD nicht zur Verfügung: Die Grenzen müssen geschützt und illegale Zuwanderer schon an der Grenze abgewiesen werden!

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/6590850927611857/>



Wir sind Protest- & Programmpartei!

Mit seiner BlackRock-Vergangenheit und seinem Profil der sozialen Kälte ist Friedrich Merz kein Oppositionsführer, der viele Bürger und breite Schichten überzeugt. Er steht für Vergangenheit statt Zukunft. Nächstes Jahr ist er im Osten ein Koalitionshindernis, wenn es um die Bildung der Landesregierungen geht. Die CDU sollte ihre Ausrichtung deswegen überdenken!



Merz sagt: Die Bürger wählen die Alternative für Deutschland, um den Grünen einen Denkkzettel zu erteilen. Das ist ein Motiv, das berechtigt und demokratisch ist. Aber dieser Denkkzettel gilt auch der CDU, die mit den gefährlichen Grünen koalieren will. Es braucht keine Strategie gegen die AfD, wie Grünen-Chefin Ricarda Lang fordert. Es braucht unsere Strategie für Deutschland – die Strategie der interessengeleiteten und souveränen Politik!

Die wertegeleitete Politik der Grünen bringt Deindustrialisierung, Teuerung, Armut. Wir fordern Politik für die Interessen der Bürger. Deswegen kommen die Wähler in Massen auch zu uns und nicht zu Friedrich Merz, der denselben Macht- und Kapitalinteressen dient wie Habeck und Baerbock. Unser Kurs stimmt!

<https://www.facebook.com/TinoAfD/photos/a.1810210785953853/3041987436109509/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>



Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien

Baerbock blamiert uns im Ausland!

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock trifft bei ihrem Besuch in Brasilien weder Präsident Lula noch ihren Amtskollegen. Medienberichte vermuten dahinter politische Differenzen. Dazu erklärt der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Tino Chrupalla:

„Wieder blamiert uns Außenministerin Baerbock im Ausland. Weder Präsident Lula noch ihr Amtskollege nimmt sich Zeit. Offenbar wollen sie sich von der Grünen nicht schulmeistern lassen, sondern brasilianische Interessen verfolgen und im Ukraine-Krieg keine Partei ergreifen. Damit nimmt Brasiliens Regierung eine ähnliche Position ein wie die Bundestagsfraktion der Alternative für Deutschland. Die Ministerin muss endlich merken: Das Auswärtige Amt ist keine Nichtregierungsorganisation und darf auch nicht so geführt werden.“



Europa muss eine Burg sein!

Zu den laufenden Verhandlungen über eine Reform des EU-Asylrechts teilt der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion [Tino Chrupalla](#) mit:



„Ministerin Faeser malt ein Drohszenario an die Wand, um ihre Vorstellung eines europäischen Asylsystems durchzusetzen. Dabei ist es selbst, die Schengen gefährdet, indem sie Grenzschutz verhindert und Asylzentren außerhalb Europas ablehnt. Jetzt muss die Ministerin zumindest bei Abschiebungen in Drittstaaten der Mehrheit der EU-Staaten entgegenkommen, um eine europäische Lösung zu ermöglichen. Es darf nicht darum gehen, ein Europa der offenen Grenzen zu retten. Europa muss eine Burg sein, damit alle Menschen eine sichere Zukunft in ihrer eigenen Heimat haben.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/1369971636919677/>



Nachrichten aus Deutschland und der Welt

Oberbürgermeisterwahl Schwerin: AfD-Kandidat in Stichwahl

<https://www.tagesschau.de/inland/regional/mecklenburgvorpommern/oberbuergemeisterwahl-schwerin-afd-100.html>

„Bild“ setzt die AfD mit den Nationalsozialisten gleich

<https://reitschuster.de/post/bild-setzt-die-afd-mit-den-nationalsozialisten-gleich/>

Wärmepumpe zu laut: Afghane messert Nachbarn nieder

<https://pleiteticker.de/waermepumpe-zu-laut-afghane-messert-nachbarn-nieder/>

„Grüne – Nein danke“: Ein Unternehmen zeigt Flagge

<https://jungefreiheit.de/wirtschaft/2023/firma-gruene-nein-danke/>

Eine bizarre Gaga-Analyse erklärt: „Warum die AfD verboten werden könnte“

<https://www.alexander-wallasch.de/politik/eine-bizarre-gaga-analyse-erklaert-warum-die-afd-verboten-werden-koennte>

Syrer verletzt Kinder bei Messerattacke in Frankreich

<https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2023/syrer-in-annecy/>

Auch das noch ...

Von der Leyen "ganz stolz": EU will eigenen Pass für homosexuelle Eltern

<https://exxpress.at/von-der-leyen-ganz-stolz-eu-will-eigenen-pass-fuer-homosexuelle-eltern/>

Bald im Einsatz: Polizei präsentiert Roboter-Hund

<https://pleiteticker.de/bald-im-einsatz-polizei-praesentiert-roboter-hund/>

Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>



Wochenendpodcast der AfD
<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament
<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Was ist eigentlich Chlordioxid, Herr Kalcker?

<https://auf1.tv/gesund-auf1/was-ist-eigentlich-chlordioxid-herr-kalcker/>

Radio.de – Alternatives, unabhängiges Radio aus Sachsen

<https://www.radio.de/>



Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<https://afd-bautzen.de/stadt-gemeinderaeete/>

PRESSE-ARCHIV

<https://afd-bautzen.de/blaue-post/>

<https://afd-bautzen.de/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremlinger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen